Sicherungsmassnahmen

1. Verfügungssperre

Die Verfügungssperre (§ 212 Abs. 1 [StG](#)) tritt von Gesetzes wegen mit dem Todesfall ein. Trotzdem wird in der Wegleitung zur Steuererklärung (Abschnitt "unterjährige Steuerpflicht") ausdrücklich darauf hingewiesen Die Verfügungssperre dient der vollständigen Inventaraufnahme und bezweckt, dass die erbberechtigten Personen und die Verwalterinnen und Verwalter von Nachlassvermögen vor Aufnahme des Inventars ohne Zustimmung der Inventurbehörde keine Verfügungen über den Nachlass treffen, die nicht für dessen Verwaltung oder für den Fortgang des Geschäfts der verstorbenen Person unbedingt erforderlich sind. Es wird dabei auch ausdrücklich auf die Straffolgen nach §§ 235 ff. StG aufmerksam gemacht (§ 7 [VNI](#)).

Die Verfügungssperre entfällt, vorbehältlich anders lautender Anordnung der Inventurbehörde, nach Eingang der unterzeichneten unterjährigen Steuererklärung (§ 7 Abs. 2 [VNI](#)).

2. Siegelung

Die Siegelung (§ 212 Abs. 2 StG; §§ 8-10 [VNI](#)) ist eine weit schärfere Massnahme als die Verfügungssperre. Sie verhindert den Zugang der erbberechtigten Personen und Dritter zum Vermögen der verstorbenen Person, solange das Inventar nicht abgeschlossen ist.

2.1 Die Siegelung zur Sicherung des Steuerinventars

In folgenden Fällen drängt sich bei der Aufnahme eines Steuerinventars die Siegelung des Nachlasses auf (§ 8 Abs. 2 [VNI](#)):

- Wenn Gefahr besteht, dass Teile des Nachlasses der Inventaraufnahme entzogen werden.
- Wenn Anzeichen dafür vorliegen, dass die verstorbene Person ihre Steuerpflicht nicht richtig erfüllt hat.

2.2 Die Siegelung zur Sicherung der Erbschaftsinventare

Zur Sicherung der Erbschaftsinventare hat die Siegelung zu erfolgen (§ 14 Abs. 2 [VNI](#)):

- Wenn es eine erbberechtigte Person verlangt.
- Wenn keine erbberechtigten Angehörigen erreichbar sind und nicht erbberechtigte Personen zu Vermögenswerten der verstorbenen Person Zutritt haben.

2.3 Zeitpunkt der Siegelung

Die Siegelung ist innerhalb von 3 Tagen nach Eintritt des Todes zu vollziehen (wobei der Todestag selbst nicht mitzurechnen ist). Die Siegelung soll ohne Zustimmung der erbberechtigten Personen nicht vor 8 Uhr morgens und nicht nach 20 Uhr abends, ferner nicht an Sonn- und allgemeinen Feiertagen durchgeführt werden.

2.4 Mitwirkungspflicht der erbberechtigten Personen

Zur Siegelung sind mindestens eine handlungsfähige erbberechtigte Person sowie Vertreterinnen beziehungsweise Vertreter entmündigter Erbberechtigter vorzuladen (§ 9 VNI). Die erbberechtigte Person beziehungsweise die Vertreterinnen oder Vertreter sind darauf aufmerksam zu machen, dass die Pflicht besteht, wahrheitsgetreu über alle Verhältnisse, die für die Feststellung der Lage des Vermögens der verstorbenen Person von Bedeutung sind, Auskunft zu geben und sämtliche Behältnisse und Räumlichkeiten zu öffnen (§ 213 StG, Art. 157 und 158 [DBG](#)). Es ist dabei für den Fall einer Verletzung der Mitwirkungspflichten auf die Straffolgen nach §§ 235 ff. StG und Art. 174 [DBG](#) hinzuweisen.

2.5 Durchführung der Siegelung

Die Vertreterin beziehungsweise der Vertreter des Inventuramts führt die zur Ermittlung des beweglichen Vermögens erforderlichen Erhebungen unter sinngemässer Anwendung der für die Inventaraufnahme geltenden Vorschriften durch. Das vorgefundene bewegliche Vermögen, Schlüssel, wichtige Aufzeichnungen sowie Belege, die sich auf das Vermögen oder Einkommen der verstorbenen Person und der von ihr in der Steuerpflicht vertretenen Person beziehen, sind in einem geeigneten Raum oder Behältnis unterzubringen und zu versiegeln.

Bei der Auswahl der Räume und Behältnisse, in welchen die vorgefundenen Wertpapiere, Wertsachen, Dokumente, Sammlungen, Schlüssel, usw. untergebracht werden, ist dem Wunsch der erbberechtigten Personen Rechnung zu tragen, sofern dadurch der Zweck der Siegelung nicht beeinträchtigt wird. Weigern sich die anwesenden Hinterbliebenen, Räume und Behältnisse zu öffnen, sind diese auf jeden Fall zu versiegeln. Geeignete Gegenstände können auch im Gemeindearchiv unter Verschluss gehalten werden.

Die zuständigen Gemeindebehörden haben Schlüssel von Kassenschränken, Tresorfächern, usw., die sich in Verwahrung Dritter befinden, unter Siegel zu legen oder gegen Quittung in Gewahrsam zu nehmen.

Policen über Lebens-, Renten- und Unfallversicherungen sind den Berechtigten und den Erbinnen oder Erben zur Geltendmachung ihrer Versicherungsansprüche zu überlassen, wenn Bestand, Umfang und Personalien im Protokoll festgehalten sind.

Den Hinterbliebenen, für welche die verstorbene Person sorgte, sind die Barmittel freizugeben, soweit diese für den Unterhalt von drei Monaten benötigt werden.

Würde der Weiterbetrieb eines Gewerbes oder Geschäfts dadurch erschwert, dass Geschäftsbücher versiegelt werden, so kann die Siegelung durch andere zweckmässige Massnahmen ersetzt werden, wie Aufnahme eines genauen Protokolls über Gestalt, Umfang und wichtigsten Inhalt der Bücher.

Allfällige Guthaben und Depots der verstorbenen Person und der von ihr in der Steuerpflicht vertretenen Personen sind zu sperren, soweit und solange dies zur Sicherung der Inventaraufnahme erforderlich ist.

Für die Siegelung ist ein amtliches Siegel zu verwenden (§ 10 Abs. 3 [VNI](#)). Die Sicherstellung kann auch auf andere Weise erfolgen.

2.6 Protokoll

Über die Siegelung ist ein Protokoll zu führen (§ 10 Abs. 1 [VNI](#)). Dabei sind die beobachteten Formalitäten und der Aufbewahrungsort der unter Siegel gelegten Gegenstände zu erwähnen. Die Namen der handlungsfähigen Erbinnen oder Erben bzw. der Vertreterin oder des Vertreters, die der Siegelung beiwohnen, sind im Protokoll aufzuführen. Die der Siegelung beiwohnenden Erbinnen oder Erben haben das Protokoll zu unterzeichnen. Verweigern sie die Unterschrift, so ist dies im Protokoll zu vermerken (§ 10 Abs. 2 [VNI](#)). Das Protokoll über die Siegelung ist dem Originalinventar beizuheften. Im Inventar ist zudem der Zustand des Siegels bei der Entsiegelung zu vermerken.

2.7 Rechtsmittel

Gegen den Entscheid über die Siegelung besteht kein ordentliches Rechtsmittel. Die Siegelung kann nur mit der allgemeinen Aufsichtsbeschwerde angefochten werden.

2.8 Siegelbruch

Wer ein amtliches Zeichen, namentlich ein amtliches Siegel, mit dem eine Sache verschlossen oder gekennzeichnet ist, bricht, entfernt oder unwirksam macht, wird mit Gefängnis oder Busse bestraft (Art. 290 [StGB](#)), sofern ihm vorsätzliche Handlungsweise nachgewiesen werden kann.

3. Sicherstellung

Hat die steuerpflichtige Person keinen Wohnsitz in der Schweiz oder erscheint die Bezahlung der von ihr geschuldeten Steuer gefährdet, kann die Bezugsbehörde auch vor der rechtskräftigen Feststellung des Steuerbetrags jederzeit Sicherstellung verlangen (§ 232 Abs. 1 StG). Bezugsbehörde für Erbschafts- und Schenkungssteuern ist der Gemeinderat (§ 150 Abs. 1 StG).